



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 14.12.2007

Stellenabbau bei der Polizei

Entwarnung ist nicht angebracht – gewerkschaftliche Aktionen müssen im neuen Jahr weitergeführt werden!

Nach dem Beschluss des CDU-Landesparteitags, einen „Einstellungskorridor“ von jährlich 800 Neueinstellungen für die Polizei zu schaffen, konnte man den Eindruck gewinnen, dass damit das Personalproblem der Polizei des Landes bereits gelöst sei. In der Polizei hat man neue Hoffnung auf eine Wende zum Guten geschöpft und in den Medien wurde dieser Beschluss des CDU-Landesparteitags entsprechend interpretiert.

Die GdP hat den Beschluss des CDU-Landesparteitags begrüßt und ist dann davon ausgegangen, dass der Einstellungskorridor ab 2008 geschaffen wird, obwohl – auch im Zusammenhang mit Äußerungen des Innenministers Heribert Rech - ziemlich schnell dazu Bedenken aufkamen, ja aufkommen mussten, nachdem im Entwurf des Nachtragshaushalts, der in der nächsten Woche im Landtag verabschiedet werden wird, keine zusätzlichen Stellen für den Polizeivollzugsdienst enthalten sind. „Alle bisherigen Aussagen zu diesem Einstellungskorridor sind eine Luftbuchung“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende dazu heute in Stuttgart.

Schneider: „Zumindest im nächsten Jahr gibt es diesen Einstellungskorridor wohl nicht – auch wenn zu den bereits vor dem CDU-Landesparteitag beabsichtigten 560 Neueinstellungen jetzt noch 80 dazu kommen sollen. Wer genau hinschaut stellt fest, dass von den 80 zusätzlichen Einstellungen 60 erst im Herbst 2008 erfolgen sollen. Die Landesregierung spielt also immer noch auf Zeit, obwohl alle Anzeichen darauf hindeuten, dass sich die Sicherheitslage nicht entschärfen wird. Damit verpassen wir die Chance, vielleicht doch noch positiv die Altersstrukturprobleme anzugehen.“

In der Antwort des Innenministers zu einem Antrag der CDU-Fraktion „Eckpunkte für eine zukunftsweisende Personalbewirtschaftung bei der Polizei“ (LT-Drucksache 14/1973) wird der Stellenabbau bei der Polizei des Landes deutlich.

- **Zum 01.01.2008 werden insgesamt 331 Stellen des Polizeivollzugsdienstes gestrichen. Damit werden – auch diese Erkenntnis ist jetzt im Innenministerium angekommen – Arbeitskapazitäten, die seither zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit eingesetzt wurden, abgebaut.** 187 dieser Stellen ent-

fallen auf die Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Die Polizei im Land wird also geschwächt.

- Auch im „Nichtvollzugsdienst“ der Polizei ist keine Entspannung der Stellensituation zu erwarten, obwohl dazu durch den Nachtragshaushalt die Entscheidung getroffen werden soll, die Einsparverpflichtungen aus der sog. „Effizienzrendite“ zum Jahresende 2008 aufzugeben. Trotzdem wird der Stellenabbau weitergehen! Im Nichtvollzugsdienst müssen im Bereich der Polizei ab 2008 insgesamt noch 248,5 Stellen (aus unterschiedlichen Stellenabbauprogrammen und Einsparverpflichtungen) abgebaut werden. Das ist die amtliche Auskunft des Innenministers.

„Pläne für eine zukunftsweisende Personalplanung sind aus den Antworten unseres Innenministers allerdings nur schwer erkennbar. Deshalb wird die Gewerkschaft der Polizei weiter Aufklärungsarbeit leisten müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger im Land die Wahrheit erfahren und auch erkennen können, wer dafür verantwortlich ist, wenn sich die Rahmendaten der Inneren Sicherheit negativ entwickeln werden“, so der GdP-Landesvorsitzende.

Gleichzeitig kündigte Josef Schneider an: „Die öffentlichen Aktionen der Gewerkschaft der Polizei gegen den Stellenabbau werden im nächsten Jahr fortgesetzt!“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. 0171/4669911